

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Bezugsstellen 2 RM., im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,50 RM. Inland. Ausland: 3 RM. monatlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Angelagerungspreis: Die 4-spaltige Monatskarte 20 RM., die 6-spaltige Karte der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark, die 8-spaltige Monatskarte im restlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr: 20 Reichsmark. Sonstige und Platzgebühren werden nach Möglichkeit ermäßigt. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 30. — 87. Jahrgang. Telegr.-Abz.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Volkszeit: Dresden 2640. Sonnabend, den 4. Februar 1928.

## Nichtigkeiten — Wichtigkeiten.

Lanzsaal der 10 000. — Nichtiges Augenmaß. — Viel Lärm um nichts. — Beschämende Standesaffären. Ein sonderbares Durcheinander von Fastnachtstrubel und Kampfschrei erfüllt die Luft. Während namentlich in der Reichshauptstadt, die auf allen Gebieten ihrer Lebensäußerungen schon gar nicht mehr langsam und allmählich dem amerikanischen Tempo, der amerikanischen Turbulenz nachstrebt und bald in den Erweiterungsbanden der alten Kroll-Oper am Rande des Tiergartens über eine glänzende Folge von Strahlen erleuchteten, bunten Sälen verläuft wird, in denen nicht weniger als 10 000 Menschen der Luft des Tanzens und vornehmer Geselligkeit sich hingeben können. Ob die tospielige Prachtensfülle, die dabei und vielfach auch in den zahlreichen Winterfestlichkeiten aufgebracht wird, angesichts unserer allgemeinen Lage noch verantwortet werden kann, darüber wird man verschiedener Meinung sein. Wenn jetzt die Öffentlichkeit widerholt von den Klagen der Landwirtschaft, wenn Scharen von Bauern sich zummentun und von den Behörden Hilfe, so fortliche Hilfe in äußerster Not und Bedrängnis fordern, so kann man feststellen, daß unter der Landwirtschaft durchaus keine Festimmung herrscht. So ziemlich jeder tut, wozu er Lustig ist, und überläßt die Sorgen für andere und für die Gesamtheit der Regierung, die ja dazu bestellt ist, das Volk glücklich zu machen! Mit solcher Gesinnung werden die Gefahren, von denen wir umgeben sind, sich schwerlich überwinden lassen.

Die meisten Zeitgenossen werden sich freilich die Kärneralschreien auch durch das mitklingende Kampfschrei, das aus den großen und kleinen politischen Klubs der Gegenwart zu ihnen dringt, nicht trüben lassen. Es wird bald so weit sein, daß, wo immer Deutsche zur Behandlung öffentlicher Angelegenheiten beieinander sind, ohne Pant und Stuhl und Handgreiflichkeiten überhaupt nicht mehr auszukommen ist. Der Kärnerausbruch des Preussischen Landtages tritt nach langer Pause wieder einmal zusammen und schon fliegen lebhafte Redeworte wie „unverschämter Lämmler“ und ähnliche durch die Luft. In der Berliner Stadthalle wollen Anhänger der sogenannten Alten Sozialdemokratie sich mit ihren politischen Gegnern auseinandersetzen und bald gibt es die ausgegorenen Kampfszenen, gehoben noch durch ein Pfeifer- und Trommlerkorps, das stolz in den Saal einrückt und auf Kommando mit seinen nicht gerade für politische Versammlungen bestimmten Instrumenten in den Gang der Debatte „einkreist“. Das es im Reichstag Männer gibt, die nicht jähzornig sind, wenn sie die Wahrnehmung zu machen glauben, daß man toben müsse, wenn man sich überhaupt noch in der Öffentlichkeit bemerkbar machen wolle, versteht sich von selbst.

Es sind ja auch in früheren Zeiten oft genug in der Öffentlichkeit geräuschvolle Jubelanstöße ausgeführt worden, bald von dieser, bald von jener Seite; wir brauchen die Vergangenheit nicht besser zu machen, als sie war. Aber um so kleine Dinge wie diejenigen, über die heute nur allzuoft ein gewaltiger Spektakel vollführt wird, hat man sich damals kaum aufgeregt. Das Augenmaß für die richtige Bewertung der Ereignisse, die Fähigkeit, zwischen Wichtigkeiten und Nichtigkeiten zu unterscheiden, ist der Gegenwart leider allzusehr abhanden gekommen, und zuweilen gewinnt man den Eindruck, daß Lärm um nichts und Lärm um nichts gemacht wird, nicht aber, um irgendwelchen gerechten Interessen oder notwendigen Forderungen zu dienen. Es wäre für unser gesamtes öffentliches Leben gewiß zu wünschen, daß wir in dieser Beziehung wieder zu den ruhigeren Sitten unserer Väter zurückkämen.

An echten Standalen ist ja ohnedies auch in unseren Tagen kein Mangel. Das ein preussischer Staatsanwaltschaftsrat wegen Beteiligung an einem Geld- und Kreditwindel riesenhaften Umfangs verhaftet werden muß, ist eine beschämende Tatsache. Sie darf gewiß nicht zu Schläffen allgemeiner Art mißbraucht werden, bleibt aber doch als ein überaus trübes Zeichen der Zeit von großer Bedeutung. Was übrigens in dem gleichen oder vielleicht in noch höherem Grade von dem englischen Staatsanwaltschaftsrat des Auswärtigen Amtes in London, Gregory mit Namen, nebst zwei seiner geringeren Amtskollegen verwickelt ist. Hier handelt es sich um die Beteiligung an umfangreichen und, wie es scheint, mehr verlust- als gewinnbringenden Spekulationen; ob auch unter Rußharnadung amtlicher Kenntnisse von politischen Ereignissen, die sich vorbereiteten, ist unstritten. Schon ist von der Regierung eine besondere Untersuchungskommission eingesetzt, um den Fall nach allen Seiten hin auf das gründlichste zu beleuchten, und man darf wohl voraussetzen, daß die Senner der Konservativen diese Art Vorfälle des Kabinetts in dem bevorstehenden Wahlkampf gehörig ausnützen werden. Man sieht jedenfalls: gesündigt wird nicht nur hier oder dort, sondern überall, und für kein Land besteht das Recht zur Überhebung vor seinen Nachbarn. Dr. Eb.

## Erleichterung im deutsch-französischen Handel

Abkommen über die 2-prozentige Abgabe. Die deutsche Botschaft in Paris veröffentlicht folgende Erklärung über die deutsch-französischen Verhandlungen zur Abänderung des bisherigen Verfahrens bei der Erhebung der 2-prozentigen Reparationsabgabe: „Die in der Zusatzerklärung des deutsch-französischen Handelsabkommens am 17. August 1927 vorgesehenen Verhandlungen über die Abänderung des Erhebungsverfahrens der 2-prozentigen Reparationsabgabe, welche die französische Regierung auf die nach Frankreich eingeführten deutschen Waren erhebt, haben zu einem Abkommen geführt, das im französischen Ministerium des Auswärtigen von den deutschen und französischen Unterhändlern paraphiert worden ist. Das Abkommen wird, sobald es die Zustimmung der zuständigen Stellen erhalten hat, in Kraft treten.“ Auf Grund dieses Abkommens, das dem deutsch-englischen Abkommen über die Erhebung der 2-prozentigen Reparationsabgabe entspricht, soll auch dem deutsch-französischen Ausfuhrhandel die Einzel-erhebung dadurch erspart bleiben, daß auf Grund freiwilliger Preiszahlungen durch die deutschen Exporteure der Ertrag der Reparationsabgabe beim Reparationsagenten für die Reparationszahlungen in Baufachform sichergestellt und von diesem an die französische Regierung überwiesen wird. Mit diesem Abkommen fallen also die mit dem bisherigen Verfahren bei Erhebung der Abgabe für die einzelnen Sendungen verbundenen, den deutsch-französischen Handel erschwernenden Formalitäten fort.

## Redebuell Stresemann-Briand.

Abwartende Haltung in Berlin. Die politische Welt befindet sich wieder mitten in einer Räumungsdebatte. Den Anlaß dazu boten die beiden Reden Dr. Stresemanns über die Frage der Rheinlandräumung im Reichstag, auf die jetzt der französische Außenminister im Senat geantwortet hat. Will man die Ausführungen Briands auf einen einfachen Renner bringen, so braucht man nur auf die Stelle seiner Rede hinzuweisen, in der er von der „do-ut-des-Politik“ spricht, d. h. wenn Frankreich Deutschland etwas geben soll, so will es dafür auch etwas Besonderes haben. Mit anderen Worten: Für die von Deutschland verlangte Rheinlandräumung wünscht Frankreich besondere deutsche Leistungen. Allerdings hat sich Briand über diesen Punkt nicht ganz eindeutig geäußert und selbst an Berliner amtlichen Stellen weiß man nicht genau, was er mit diesen Andeutungen gemeint hat. Es wird angenommen, daß die Gegenleistungen Deutschlands einmal finanzieller Natur sein und zweitens in einem Weiterbesetzen der Rheinlandkontrolle auch nach dem in Versailles Vertrag vorgesehenen Abzug der internationalen Besatzungstruppen im Jahre 1935 bestehen sollen. Diese Kontrolle soll dann durch den Völkerbund von Zeit zu Zeit vorgenommen werden.

## Krise in der Schulfrage?

io. Berlin, 3. Februar. Die Anstrengungen, zwischen den sich gegenüberstehenden Parteien eine Einigung über das Reichsschulgesetz herbeizuführen, haben bisher nicht einen Schritt weitergeführt. Diese Eristosität kann unter Umständen um so stärkere Bedeutung gewinnen, als es sich bei dem springenden Punkt nicht etwa um Gegensätze zwischen Regierungsmehrheit und Opposition, sondern um einen Spalt handelt, der zwischen zwei Regierungsparteien, der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum, klafft. Die Deutsche Volkspartei hat ihre Formulierung des § 20 im Bildungsausschuß durchgedrückt. Diese Formulierung sichert die Erhaltung der Simultanschule in den Ländern, die sie bisher besitzen. Das Zentrum aber wendet sich mit allen Kräften gegen eine solche Bestimmung. Hier scheiden sich die Geister und scheinen nicht zueinanderkommen zu können. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende, Abg. Dr. Scholz, mitteilte, daß weder von der Fraktion noch von den Vertretern der Fraktion im Bildungsausschuß irgendwelche Verhandlungen über den Reichsschulgesetzwortwurf aufgenommen worden seien. Die Fraktion sehe keinen Anlaß, von ihrer bekannten Stellung in der Schulfrage abzugehen. Dazu schreibt nun die Germania, das Hauptorgan des Zentrums, in ihrer Freitagsausgabe wörtlich: „Wenn die Fraktion tatsächlich auf diesem Standpunkt steht und darauf verharren will, so mag sie das bald offiziell sagen, weil dann Verhandlungen wirklich seinen Zweck mehr haben.“ So liegen die Dinge im Augenblick, also auseinander auf des Messers Schneide, und die Aussichten auf ein baldiges Zustandekommen des Gesetzes sind schwach. Dem Vernehmen nach wollen allerdings der Reichsstaatskanzler und der Reichsminister in die Richtung: nochmals darangehen, neue Vermittlungs-

An Berliner amtlichen Stellen äußert man sich über die ganze Frage noch sehr zurückhaltend, da man zunächst den amtlichen Wortlaut der Briand-Rede abwarten will. Dafür bringt man jedoch in der Öffentlichkeit den Ausführungen Briands ein um so größeres Interesse entgegen. Schon jetzt wird darauf hingewiesen, daß von der Übernahme neuer finanzieller Leistungen durch Deutschland überhaupt nicht die Rede sein könne. Die Frage der neuen Sicherheiten ist außerordentlich kompliziert, so daß sich die politischen Kreise in dieser Angelegenheit sehr zurückhalten. Jedenfalls wird das Auswärtige Amt in Berlin nicht umhin können, so bald als möglich auf die Rede Briands einzugehen. Ob Dr. Stresemann in nächster Zeit nochmals persönlich auf sie zurückkommen wird, ist sehr fraglich, da er schon in der nächsten Woche infolge seines leidenden Zustandes den wärmeren Süden aufsuchen will.

## Was Paris sagt.

Die französische Presse beschäftigt sich natürlich eingehend mit den Ausführungen Briands. „Echo de Paris“ erklärt: Trotz der etwas verschwommenen Form seiner Rede hat Briand sich gestern klarer ausgedrückt als gewöhnlich. Er lehnte es ab, das Problem durch ein Ja oder ein Nein zu lösen. Er willigte ein, es eventuell zu prüfen, aber er jähzte die Bedingungen an, die bei der Regelung erfüllt werden müssen. „Journal“ meint: Es wäre übertrieben, von einer rein akademischen Debatte zu sprechen, es handelt sich vielmehr um eine Kontroverse, bei der die europäischen Interessen im Spiele waren. Dem französischen Außenminister war Gelegenheit gegeben, die Thesen zu widerlegen, die der deutsche Reichsaussenminister im Reichstag vertreten hat. „Deuxième“ urteilt: Es handelt sich um einen Austausch von Beschuldigungen ohne Bitterkeit. Briand und Stresemann haben in einer Erörterung die öffentlich über die sehr präzise Frage anhebt: Was bietet ihr uns als Austausch für die Räumung? Morgen werden wir erkennen können, wie weit Deutschland aufrichtig ist.

## Landwirtschaftsvertreter beim Reichspräsidenten.

Unterbreitung von Vorschlägen. Der Reichspräsident empfing am Freitag Abordnungen des Reichslandbundes unter Führung seiner Präsidenten Graf Kallreuth und Cyp, der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine unter Führung des Vizepräsidenten Stamerjohann sowie der Deutschen Bauernschaft unter Führung ihres Geschäftsführers Vahlte. Die Herren erstatteten dem Reichspräsidenten Bericht über die gegenwärtige Lage der Landwirtschaft und unterbreiteten ihm eine Reihe von Vorschlägen zur Wiederherstellung geordneter und gesicherter Verhältnisse in der Landwirtschaft.

vorschläge auszuarbeiten. Auch soll das Reichsstadinet versuchen, eine Überbrückung zu ermöglichen. Ohne eine solche wäre tatsächlich der Bruch in der Regierungsmehrheit und damit eine Krise nahe gerückt.

## Stabile Bäderpreise.

Sächsische Bädertagung. In Klippsdorf fand die Frühjahrstagung der Vereinigung sächsischer Bäder und Kurorte unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Etienne aus Bad Elster statt. Die Vereinigung hat die Aufgabe, die besonderen Interessen der sächsischen Bäder und Kurorte sowohl den sächsischen Behörden wie auch dem Allgemeinen Deutschen Bäderverband gegenüber zu vertreten. Es wurden verschiedene Angelegenheiten vorbereitet, die auf der Frühjahrstagung des A. D. B. in Berlin zur Erörterung stehen. Was die Höhe der Kurgebühren und Bäderpreise anlangt, so hält man es für richtig, in den für 1927 gültigen Preisen keine Veränderung eintreten zu lassen. Weiterhin vertritt man die Ansicht, daß es für die sächsischen Bäder und Kurorte nicht tragbar sei, über die vom A. D. B. zugelassenen Vergünstigungen hinauszugehen, zumal in den sächsischen Bädern und Kurorten die Preise schon besonders hart gelten und trotz der Erhöhung der Unkosten (Löhne usw.) keine Steigerung der Preise vorgenommen werden soll. Einen besonders breiten Raum nahm die Besprechung von Restamtsfragen ein, die sich im Anschluß an ein Referat des Direktors Planig vom Sächsischen Verkehrsverband über Verkehrsverbände entwickelte. Man war allgemein der Ansicht, daß größere Aufmerksamkeit der Verteilung des herausgegebenen Propagandamaterials zu schenken sei.

Es war...  
d nun, da...  
Clienten...  
ber Deine...  
getraut...  
Bei nun...  
ni? Ich...  
mitreden...  
mal auch...  
aufstieg...  
Examina...  
eigentlich...  
lich frei...  
tig wäre...  
d mich zu...  
sein. Ge...  
ger Weise...  
nem kräf...  
vertraute...  
gläubig...  
Zukunft...  
Berlichkeit...  
meine Ge...  
am gleich...  
so tapfer...  
32? warf...  
waren es...  
de Korn...  
Zusuf...  
eleganten...  
rd diesen...  
ksam ge...  
Meine...  
entwicklung...  
fogar mit...  
War es...  
uten und...  
Wichtigte...  
eine Bil...  
agen. Er...  
cht sein...  
in meine...  
ohne we...  
Das...  
fent, „Das...  
zu einem...  
stellung...  
eines...  
Komme...  
de und...  
de waren...  
na wan...  
meinem...  
jedoch...  
sein...  
andern...  
Nie...  
in diesen...  
Reichum...  
us boten...  
ene solte...  
h geteilt...  
gen stand...  
Wie im...  
n Rager...  
n Schlag...  
ngen der...  
ich mir...  
Kur daß...  
reife zu...  
Diner...  
stören...  
n Punkte...  
nich dem...  
des Im...  
s meinen...  
e Kunst...  
umgab...  
en Sie“...  
meines...  
en Archi...  
in mein...  
ie haben...  
ich und...  
zte mich...  
lenbeten...  
l. „Was...  
dervoller...  
Gemäde...  
ndet.“...  
moderne...  
Krieler...  
ateur in...  
de ver...  
tendeb...  
er besten...  
eholung...  
ung ge...